

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 888846 ppbn d
Telefax: 21 08 04

Inhalt

Wolfgang Thierse MdB
zum 30. Jahrestag des
Berliner Mauerbaus:
Die Abgrenzung in den
Köpfen überwinden.

Seite 1

Prof. Dr. Heide Pfarr
(SPD) zur Forderung
nach Lohnkürzungen
im Krankheitsfall: Ar-
beitnehmerinnen und
Arbeitnehmer sind
keine Faulpelze.

Seite 2

Joachim Poß MdB zu
den Plänen von Kanzler
und Koalitionsparteien:
Keine Steuerga-
schanke für Unterneh-
men.

Seite 3

Willy Brandt zum Tod
von Professor Richard
Löwenthal: Ein kritisch-
strenger Wegbegleiter.

Seite 4

46. Jahrgang / 152

12. August 1991

Die Abgrenzung in den Köpfen überwinden Zum 30. Jahrestag des Berliner Mauerbaus

Von Wolfgang Thierse MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Auch im Rückblick ist der Mauerbau am 13. August 1961 das, was er vor 30 Jahren war: eine Unrechtstat und der Versuch, einen Staat und ein Gesellschaftssystem gegen die eigene Bevölkerung dadurch aufrechtzuerhalten, daß diese Bevölkerung eingemauert wurde.

Daß die Mauer fast 30 Jahre lang bestehen konnte, lag nicht nur an der Entschlossenheit des SED-Regimes oder etwa an der Passivität der DDR-Bürger, sondern auch daran, daß sie ein Endpunkt in der Entwicklung zweier Machtblöcke in Europa war. Diese Blöcke waren schon in der Allianz der Kriegergegner Deutschlands angelegt und haben sich über die Gründung der beiden deutschen Staaten, die Schaffung der beiden europäischen Wirtschafts- und Militärbündnisse und die Berlin-Krisen herausgebildet.

Der Fall der Mauer, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und das Ende der Teilung Europas stehen ebenfalls am Ende einer langen Entwicklung. Sie begann schon kurz nach dem Mauerbau mit den Berliner Passierscheinabkommen, dem Angebot eines Redneraustausches, das die SPD an die SED richtete, und der Entspannungspolitik der Regierungen Willy Brandts und Helmut Schmidts. Das Ziel dieser Entwicklung sah Egon Bahr bereits 1975 voraus, als er der widerstrebenden CDU/CSU-Opposition im Streit um die Schlußakte von Helsinki erklärte, nicht die westlichen Demokratien, sondern die östlichen Diktaturen gingen mit diesem Vertragswerk ein existenzielles Risiko ein. Fünfzehn Jahre später hat sich gezeigt, wie recht er damit hatte - ohne das Zugehen auf Osteuropa wäre keine Charta 77 denkbar gewesen, keine Solidarnosc, kein Gorbatschow.

Vierzig Jahre eiserner Vorhang in Europa, fast dreißig Jahre Mauer in Deutschland haben tiefe Spuren hinterlassen. Die unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Systeme haben Strukturen geschaffen, die nicht miteinander vereinbar sind. Die Lebenserfahrungen der Menschen entstammen zwei verschiedenen Welten. Dies sind Mauern, die erst noch niedergedrückt werden müssen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 92,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verwendete Origina-
le sind aus 100% Recycling-
Papier



- Bei den Menschen in den neuen Bundesländern sind sie gebaut aus der Angst vor bisher unbekanntem Problemen wie der Arbeits- und Wohnungslosigkeit, des möglichen sozialen Abtriebs und einer fatalen nostalgischen Verklärung der "DDR-Wirklichkeit", in der es das alles nicht gegeben habe.
- Bei vielen Menschen in den westlichen Bundesländern bestehen sie aus dem Gefühl der Überlegenheit über jene, die in einem gescheiterten Staat gelebt haben, aus der Sorge um den erreichten Wohlstand und aus der Angst vor dem unvermittelt geforderten "Teilen".

Diese Mauern in den Köpfen der Menschen sind auch entstanden, weil die politische Führung versagt hat. Die Bundesregierung hat versäumt, zum richtigen Zeitpunkt auf die Chancen wie auf die Mühen der Vereinigung Deutschlands gleichermaßen hinzuweisen. Wer glauben machte, die Einheit sei ohne Anstrengungen des ganzen Volkes und ohne einschneidende Änderungen für jeden zu schaffen, der zerstörte die Bereitschaft zu Solidarität und gegenseitigem Verständnis, die ja - jeder weiß es, der die jubelnden Menschen und fröhlichen Begegnungen im November 1989 gesehen hat - vorhanden war und hätte genutzt werden können.

Wer die Mauern, die es in Deutschland immer noch gibt, abreißen will, muß auch die Vergangenheit aufarbeiten. Wie schwierig dies ist, zeigen die Anstrengungen, die Schuldigen an dem Unrecht in der DDR zu bestrafen. Gewiß ist richtig, daß einzelne Grenzsoldaten zur Rechenschaft gezogen werden für das Töten von Menschen, die nur den Staat verlassen wollten, mit dem sie nichts mehr gemein hatten. Bedrückend ist aber, daß die eigentlichen Schuldigen, die Honeckers und die Krenz, die Mielkes und die Mittags strafrechtlich nicht zu fassen sind, daß ein Harry Tisch nach seiner Verurteilung den Gerichtssaal als freier Mann verlassen konnte. Es ist zu akzeptieren, daß in einem Rechtsstaat niemand für etwas verurteilt werden kann, wofür er nicht individuell und zweifelsfrei haftbar gemacht werden kann - schrecklich der Gedanke, wohin ein Abrücken von diesem Grundsatz führen könnte. Es schadet aber unserer politischen und rechtlichen Kultur ungemein, wenn Bürger nach Jahren der Angst, der Demütigung und der kleinlichen Schikanen mit der Faust in der Tasche zusehen müssen, daß die Architekten der Mauer nichts zu büßen haben und oft besser dastehen als diejenigen, die sich vor nun fast zwei Jahren von ihr befreit haben.

Mit dem Hinweis, daß dieses Problem in einem Rechtsstaat strafrechtlich nicht zu lösen ist, darf sich die demokratische Gesellschaft nicht abfinden. Sie muß entsprechend ihren Ansprüchen Weg finden, Unrecht und Ungerechtigkeit zu erkennen, mit ihren Mitteln zu bestrafen und das verletzte Gerechtigkeitsbedürfnis der Menschen befriedigen.

(-/12. August 1991/rs/ks)

ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer sind keine Faulpelze Zur Forderung nach Lohnkürzungen im Krankheitsfall

Von Prof. Dr. Helde Pfarr (SPD)
Hessische Ministerin für Frauen, Arbeit und Sozialordnung

Das über Jahrzehnte hinweg gewachsene Recht von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist hart erkämpft worden und hat sich darüber hinaus für alle Seiten bestens bewährt. Die These von Arbeitgeberpräsident Murmann auch in diesem Sommer wieder vom Sperrmüll geholt, nach der die Entgeltfortzahlung ursächlich zu einem höheren Krankenstandniveau führe, läßt sich mit den Daten der amtlichen Statistik einfach nicht belegen.

Die Entwicklung der Kosten für die Entgeltfortzahlung gibt absolut keinen Anlaß zur Kritik. 1970 wurden circa 12,5 Milliarden DM aufgewandt. Das entspricht einem Anteil von 4,1 Prozent der Bruttolohn- und Gehaltssumme. 1990 waren es zwar circa 34 Milliarden DM, aber prozentual nur noch 3,2 Prozent. Insgesamt also eine durchaus positive Entwicklung für die Volkswirtschaft und die Unternehmen.

Krankheiten werden von einer Vielzahl von Faktoren bestimmt, die auch von den Unternehmen maßgeblich zu verantworten und zu beeinflussen sind. Es kommt nicht von ungefähr, daß Allergien, Erkrankungen der Atemwege sowie Muskel- und Skeletterkrankungen in den letzten Jahren, gerade bei ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmern stark zugenommen haben. Sehr viele dieser Krankheiten entstehen am Arbeitsplatz durch Reiz- und Schadstoffeinträge, ergonomisch falsche Sitz- und Arbeitsmöbel, durch Dauerlärm und Belastungen bei Bildschirmarbeit. Ebenso ist die enorme Leistungsverdichtung Grund für vielfachen Verschleiß der Gesundheit. Die Produktivität in den alten Bundesländern steht schließlich nicht zufällig ganz oben in der Leistungsskala aller Industrienationen. Mit ihrem dritten Platz nach Japan und den USA ist sie Ausdruck von dauerhaft hoher Leistungsfähigkeit und -bereitschaft, das hinterläßt dann seine Spuren.

Dazu kommt der Millionenberg an Mehrarbeit und Überstunden, insgesamt für viele Beschäftigte eine Belastung, die krankmacht. Die hohe Zahl der wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit bewilligten Frührenten spricht da eine deutliche Sprache: in den vergangenen beiden Jahren beliefen sie sich auf jeweils rund 175.000 Personen (Männer 113.000 im Durchschnittsalter von 52,3 Jahren; Frauen 63.000 im Durchschnittsalter von 51,5 Jahren); das sind 35 beziehungsweise 17 Prozent der neu zugewandenen Versichertenrenten. Diese Menschen haben sich buchstäblich krank gearbeitet - von Krankfeiern kann da keine Rede sein.

Die Arbeitgeberverbände mögen endlich aufhören, Angst und Unruhe in die Reihen der Beschäftigten zu bringen durch ihre ewigen unhaltbaren Vorwürfe. Angst ist ein gefährlicher Streßfaktor, der ernsthafte Krankheiten und damit Fehlzeiten vorprogrammiert. Statt dieser Panikmache sollten die Arbeitgeber das Augenmerk mehr auf Arbeitsschutz und -sicherheit legen, dadurch würde die Gesundheit der Beschäftigten erhalten und Fehlzeiten in großem Umfang verringert werden.

(-/12. August 1991/rs/ks)

Keine Steuergeschenke für Unternehmen Zu den Plänen von Kanzler und Koalitionsparteien

Von Joachim Poß MdB
Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD wird den Plänen, zusätzlich zu den bereits im Steueränderungsgesetz 1992 vorgesehenen Steuerentlastungen weitere massive Steuergeschenke für Unternehmen zu beschließen und diese Geschenke mit der "häßlichsten aller Steuern" (Engholm), der Mehrwertsteuer, zu finanzieren, entschieden Widerstand entgegensetzen.

Bereits die mit dem Steueränderungsgesetz 1992 beabsichtigten Steuerentlastungen für Unternehmen und die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 15 von Hundert sind wirtschaftspolitisch völlig verfehlt und zudem sozial höchst ungerecht:

- Die Wirtschaftsverbände haben während einer Anhörung über den Entwurf des Steueränderungsgesetzes 1992 auf die "erheblichen Risiken" der vorgesehenen Mehrwertsteuererhö-

hung von 14 auf 15 Prozent hingewiesen. Die Umsatzsteuererhöhung werde auf breiter Front einen Preisschub auslösen.

- Die Steuersenkung kommt nur den kapitalstarken Großunternehmen zugute; die mittelständische Wirtschaft geht völlig leer aus und wird sogar wegen der geplanten Einschränkung der degressiven Abschreibung stärker belastet.
- Für eine wirksame Entlastung der Familien hat die Bundesregierung hingegen kein Geld. Die im Steueränderungsgesetz 1992 vorgesehene Erhöhung der Kinderfreibeträge und des Kindergeldes für das erste Kind sind völlig unzureichend, da das Existenzminimum der Kinder, wie die Bundesregierung in der Antwort auf eine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion selbst bestätigte, auch künftig besteuert wird.
- Obwohl die Steuerbelastung der Arbeitnehmer in den nächsten Jahren insbesondere wegen des progressiven Steuertarifs steil ansteigen wird, ist für sie keine Steuersenkung geplant. Der steuerliche Grundfreibetrag liegt heute unterhalb des Existenzminimums. Auch hier muß die Bundesregierung erst durch das Bundesverfassungsgericht zum Handeln gezwungen werden.

Bei Realisierung des Steuergeschenkprogramms für Großunternehmen würde die bereits bestehende soziale "Schiellage" unseres Steuersystems in unerträglicher Weise gesteigert. Es ist bezeichnend für die Koalition, daß sie Pläne zur steuerlichen Entlastung von Großunternehmen schmiedet, auf der anderen Seite aber keine Antwort auf die Frage gibt, wann und wie die verfassungswidrige Besteuerung des Existenzminimums beendet werden soll.

(-/12. August 1991/rs/ks)

Ein kritisch-strenger Wegbegleiter
Zum Tod von Professor Richard Löwenthal

Von Willy Brandt
Ehrenvorsitzender der SPD
Bundeskanzler a.D.

Der Kreis derer wird eng, die einander in den 30er Jahren nahekamen, als sie Hitler die Stirn boten, ohne sich Stalin zu unterwerfen. Richard Löwenthal hat einen ungewöhnlichen Anteil daran, daß Europäer zu sich selbst fanden und daß Deutschland demokratisch wurde. Seine Verdienste um Berlin haben ihr eigenes Gewicht. Andere werden den Universitätslehrer, Zeitgeschichtler und Politikwissenschaftler zu würdigen wissen. Ich habe für den vielfachen wichtigen Rat zu danken, den er mir als Bürgermeister ebenso zuteil werden ließ wie als Außenminister und Bundeskanzler. Auch für die hilfreiche, zuweilen kritisch-strenge Wegbegleitung der deutschen Sozialdemokratie. Ich bleibe stolz darauf, daß die Reuter-Biographie, die wir 1957 auf den Weg brachten, seinen und meinen Namen trägt.

(-/12. August 1991/rs/ks)
